

Eine Regierung für Besserverdienende

Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen legt den Fokus auf die Energie- und Klimapolitik. Andere relevante Themen geraten aber deutlich in den Hintergrund. Wenn das Kapitel „Arbeit und Soziales“ genauso viel Raum einnimmt wie das Kapitel „Landwirtschaft“, wird deutlich, wo die Prioritäten liegen. Diese Regierung wird vielleicht eine Koalition für mehr Windräder und Radwege, aber keine für die Menschen, die sich Sorgen machen um ihren Arbeitsplatz, um ihre Mieten, steigende Preise und die Bildungschancen ihrer Kinder.

» Keine Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die Industrie muss sich wandeln – mehr Digitalisierung und mehr Klimaschutz sind die großen Herausforderungen der kommenden Jahre. **Eine aktive Industriepolitik zur Sicherung von Arbeitsplätzen gibt es im Koalitionsvertrag aber so gut wie nicht.**

CDU und Grüne verpassen es, die wirtschaftlichen und strategischen Interessen von NRW zu wahren und die in Not geratene Industrie im Land zu stabilisieren. Unser Vorschlag eines Transformationsfonds wäre die Lösung, um Unternehmen zum Beispiel beim zukunftsgerichteten Umbau ihrer Produktionsprozesse zu unterstützen. Eine solche konkrete Lösung sucht man bei Schwarz-Grün aber vergeblich.

» Kein neuer Mieterschutz mit Schwarz-Grün

Mieterinnen und Mieter haben zu Unrecht auf einen besseren Schutz ihrer Bedürfnisse gehofft. Keine Ziele für den Neubau von Wohnungen, die dem angespannten Wohnungsmarkt Rechnung tragen würden. **45.000 neue, mietpreisgebundene Wohnungen in den kommenden fünf Jahren sind eindeutig zu wenig.** Das sind schlechte Aussichten für die Millionen Menschen mit kleinem Geldbeutel.

Schwarz-Grün wird zum Bremsklotz für bezahlbares Wohnen. Die CDU ist gegen eine Politik, die Mieten begrenzt – und den Grünen scheint das Thema nicht wichtig genug zu sein. Wer das bisherige Niveau der öffentlich geförderten Wohnungen als Maßstab nimmt, hat sich für ein „Weiter so“ entschieden.

» Keine Basis für einen Schulkonsens

Hendrik Wüst und Mona Neubaur bauen ihre Bildungspolitik auf einen **Schulkonsens, der 2023 ausläuft. Wir sind bereit, ihn neu zu verhandeln** – aber nur einen Entwurf, der den aktuellen Herausforderungen unseres Schulsystems Rechnung trägt und einen Aufbruch in der Bildungspolitik verspricht. Erzwungene Schulformwechsel, keine solide Finanzierung für einen schulscharfen Sozialindex und keine ganzheitliche Inklusionspolitik sind für uns keine Basis für einen Schulkonsens. Hierfür brauchen wir eine neue Verhandlungsgrundlage.

Eine umfassende Beitragsfreiheit für Kitas und Offene Ganztagschulen ist nicht in Sicht. Dass sich unsere Forderungen nach dem Ausbau von Familienzentren, nach einer Stärkung kommunaler Präventionsketten und einer Absenkung des Wahlalters im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün wiederfinden, begrüßen wir.

» Nein zum Krankenhausschließungsplan

Schwarz-Grün setzt in der Gesundheits- und Pflegepolitik auf eine Krankenhausplanung, die nichts anderes ist als eine Anleitung zur Schließung von Kliniken, und setzt damit die Pläne von Schwarz-Gelb aus der vergangenen Legislaturperiode einfach fort. Das ist nicht im Sinne einer besseren, gerechteren und wohnortnahen Gesundheitsversorgung. **Für die streikenden Beschäftigten der Unikliniken gibt es zudem keine Finanzierungszusage** durch die neue Regierungskoalition – ein Armutszeugnis für Schwarz-Grün.

» Fortsetzung der rot-grünen Umwelt- und Energiepolitik

Viele Aspekte aus unserer rot-grünen Regierungszeit finden sich im Koalitionsvertrag wieder: Ehrgeizige umwelt- und energiepolitische Ziele wie die Einführung von Kontingenten für Windenergieflächen in den Regionen oder die Begrenzung des Flächenabstands auf fünf Hektar pro Tag begrüßen wir.

Mit der Aufspaltung des Umweltministeriums in ein zusätzliches Landwirtschaftsministerium **droht enormes Konfliktpotenzial** und eine Blockade im Bereich des Klima-, Arten- und Trinkwasserschutzes.

Das alles zeigt uns:

Schwarz-Grün wird im schlechtesten Fall eine Regierung der oberen Hälfte und der Besserverdienenden. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen haben nicht viel von dieser Koalition zu erwarten.

Die SPD-Fraktion wird eine starke und deutlich wahrnehmbare Stimme für ihre Interessen in NRW sein. Sie dürfen bei der Gestaltung der Zukunftsherausforderung unseres Landes nicht unter die Räder kommen. In den kommenden fünf Jahren werden wir unsere Ideen und Konzepte für ein gerechteres Bundesland aus der Opposition heraus entwickeln und eine echte Alternative zu Schwarz-Grün anbieten.